

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badische Presse. 1890-1944 1932**

566 (3.12.1932) Morgenausgabe

# Badische Presse

Bezugspreis: Drei Bände monatlich 2.90 RM  
im voraus, im Verlaufe oder in den  
Zweimaligen abgeholt 2.90 RM. Durch  
die Post bezogen (einmal jährlich) mo-  
natlich 2.10 RM zusätzlich 42% Zustellgeld.  
Einzelpreise: Wochentags-Nummer 10 Pf.,  
Sonntags- und Feiertags-  
nummer 15 Pf. — Im Fall höherer  
Gehalts, Streik, Auslieferung usw.  
hat der Besteller keine Ansprüche bei  
veränderten oder nichterhaltenen der  
Zerlegung. — Abbestellungen können nur  
jeweils bis zum 25. des Monats auf den  
Monats-Vertrag angenommen werden.  
Anzeigenpreise: Die Nonpareille-Zeile  
0.40 RM. Stellen, Gesuche, Familien-  
und Gelegenheits-Anzeigen aus Baden  
ermäßigter Preis. — Bekannte Zeile  
2 Pf., an erster Stelle 2.50 RM.  
Bei Wiederholung tariflicher Rabatt,  
der bei Nichterhalten des Belegs, bei  
gerichtlicher Vertretung und bei Kon-  
kurrenz außer Kraft tritt. Erfüllungsort  
und Gerichtsstand ist Karlsruhe.

Neue Badische Presse Handels-Zeitung Badische Landeszeitung

Verbreitetste Zeitung Badens

Karlsruhe, Samstag, den 3. Dezember 1932.

Eigentum und Verleger von  
: : Ferdinand Schierstein : :  
Verantwortlich: Für Politik:  
H. Kimmig; für badische Nachrichten:  
Dr. C. Schüssler; für Kommunalpolitik:  
R. Binder; für Lokales und Sport:  
H. Bolander; für den Handelsteil:  
H. Götze; für Ober- und Koncert:  
Christ. Berlek; für den Handelsteil:  
Fris. Feld; für die Anzeigen: Ludwig  
Weinbl; alle in Karlsruhe (Baden).  
Berliner Redaktion: Dr. Kurt Metzger.  
Fernsprecher: 4050, 4051, 4052, 4053, 4054.  
Hauptgeschäftsstelle: Kaiserstraße  
Nr. 80 a. — Postcheckkonto: Karls-  
ruhe Nr. 8259. — Beilagen: Volk und  
Recht / Literarische Umschau / Roman-  
blatt / Sportblatt / Frauen-Zeitung /  
Reise- u. Väter-Zeitung / Landwirtschaft,  
Gartenbau / Karlsruher Vereins-Zeitung.

## Was will Schleicher?

Das „Kabinett des Waffenstillstands“ / Kampf der Arbeitslosigkeit / Nur inner-  
wirtschaftliche und sozialpolitische Maßnahmen.

m. Berlin, 2. Dez. (Drahtmeldung unserer Berliner Schrift-  
leitung.) Der Schatten Schleichers hat eigentlich schon seit dem  
Sturz Hermann Müllers sichtbar hinter allen Regierungs-  
tischen der letzten Jahre gestanden. Es ist also auch politisch möglich,  
wenn der General aus dem Hellbuntel jetzt endlich in das volle  
Rampensicht tritt. Er ist viel angefeindet, aber auch gelegentlich  
bewundert, den „Hüregeneral“ haben ihn die einen spöttisch ge-  
nannt, weil er fast nie an der Front war, den Mann mit der  
„marchenhaften Karriere“ die anderen.

Und sie haben recht, denn der künftige Kanzler war vor acht  
Jahren noch Major im Reichswehrministerium. In der Revolutions-  
zeit ist er ein enger Mitarbeiter Groeners gewesen, wurde dann  
Verbindungsoffizier zwischen der Reichswehr und dem Reichstag und  
Vertreter des Heeresrats. 1926 übertrug ihm der Reichstag die  
Vertrauensmann, Leiter des eigens für ihn geschaffenen Mini-  
steramtes, das etwa dem Staatssekretariat in anderen Ministerien  
entspricht, mit 46 Jahren schon General, heute General der  
Infanterie — ein Springer also, dem auch seine Gegner große  
persönliche Qualitäten nicht absprechen können. Er ist an dem Auf-  
bau der Reichswehr maßgebend beteiligt gewesen und darf für sich  
den Ruhm in Anspruch nehmen, wenn die Reichswehr heute trotz  
der ihr auferlegten Beschränkungen ein vollwertiges Militärinter-  
ment geworden ist. Dabei hat die Art seines Auftretens ihm bei  
allen Parteien von den Nationalsozialisten bis zu den  
Sozialdemokraten gewisse Sympathien geschaffen, auch die  
Gewerkschaften haben Vertrauen zu ihm.

Schleicher hat also immerhin gewisse Aussichten, die Bildung  
eines starken Oppositionsblocks im Reichstag zu ver-  
hindern, und er will auch durch sein Programm dazu beitragen,  
die Reibungsflächen zu verringern. Deswegen verzichtet er auf die  
Verfassungsreform und will sich auf die Durchführung inner-  
wirtschaftlicher und sozialpolitischer Maßnahmen  
beschränken. Er will also ein „Kabinett des Waffenstill-  
stands“ bilden, dessen Kampf in erster Linie der Beseiti-  
gung der Arbeitslosigkeit gilt. Deshalb will er auch einen  
Teil der wirtschaftspolitischen und sozialpolitischen Bestimmungen  
der letzten Notverordnung opfern, vor allem, soweit sie sich auf die  
Senkung der Tariflöhne bei Neueinstellungen beziehen. Ob das  
in Form einer Aufhebung der bisherigen Notverordnungen ge-  
scheit, oder etwa dadurch, daß die Ablaufzeit bereits auf Ende  
des Jahres vorverlegt wird, ist eine untergeordnete Frage. Jeden-  
falls ist Herr v. Schleicher bereit, den Wünschen der Gewerks-  
chaften sehr weit entgegenzukommen und dadurch die eigen-  
tlichen sozialpolitischen Differenzen in der Hauptsache aufzuräumen.

Auch für die Wirtschaftspolitik will er die mittlere  
Linie ziehen. Er hat sich dafür bestimmte Richtlinien aufgestellt, die  
er in Übereinstimmung mit dem Reichsbankepräsidenten ausgearbeitet  
hat. Er beabsichtigt, um daraufhin dann die Ministerien der Arbeit,  
der Wirtschaft und der Ernährung mit Persönlichkeiten zu belegen,  
die sich auf dem Boden dieses Programms finden, womit dann die  
Wiederholung ähnlicher innerer Reibungen, wie wir sie wegen  
der Kontingentierung im Kabinett Papen erlebt haben, ausge-  
schlossen wären.

Herr v. Schleicher hofft aber, in zwei bis drei Tagen auch  
darüber zu einem Ergebnis zu kommen, so daß er spätestens am  
Sonntag dem Reichspräsidenten die Liste seines  
Kabinetts vollständig vorlegen kann. Herr v. Neurath  
würde als neuer Außenminister dann noch rechtzeitig zu den  
Genfer Verhandlungen zur Stelle sein.

Nach den ersten Äußerungen allerdings, die aus dem natio-  
nalsozialistischen Lager vorliegen, stimmt diese Rechnung  
nicht ganz. Dann bliebe freilich auch Herrn v. Schleicher nichts ande-  
res übrig, als den Reichstag aufzulösen, wobei er allerdings die  
Neuwahlen innerhalb der gesetzlichen Frist ausstreifen, also die  
verfassungsmäßigen Grenzen innehalten würde. Im übrigen macht  
er seine Einstellung zu dem Reichstag und zu den Parteien abhängig  
von dem Widerhall, den er dort findet. Das Kabinett Schleicher  
bietet deshalb die Hoffnung, daß vielleicht doch noch ein Konflikt  
vermieden wird und früher oder später der Versuch eines Brüden-  
schlusses zu den Nationalsozialisten hin glückt.

Wie weit die Berechnung stimmt, kann erst die Zukunft zeigen.  
Für den Augenblick ist zweifellos das Kabinett Schleicher eine  
starke innerpolitische Erleichterung gegenüber  
der Konfliktsgewißheit, die sich aus einem Kabinett  
Papen sofort ergeben müßte.

### Die Aussichten.

Angewiß freilich bleiben die Aussichten. Herr v. Schle-  
icher hat vom Reichspräsidenten vorläufig irgendwelche Voll-  
machten noch nicht erbeten und infolgedessen auch nicht er-  
halten, eben weil er darauf hofft, daß er die Opposition trennen  
und ein Zusammengehen zwischen National-  
sozialisten und Kommunisten verhindern kann. Er  
will darauf hinaus, daß die entscheidenden Abstimmun-  
gen im Reichstag entweder bis in den Januar vertagt wer-  
den, oder eine so starke Zersplitterung ergeben, daß eine Mehr-  
heitsbildung gegen das Kabinett vermieden bleibt.  
Er rechnet eben immer noch damit, daß die Fäden zu den National-  
sozialisten nicht endgültig abgerissen sind, und daß Hitler schließlich  
doch zunächst wenigstens Gewehr bei Fuß stehen bleibt, um dem neuen  
Kabinett eine Bewährungsfrist zu geben. Göring befindet sich bereits  
auf dem Wege nach Berlin, jedoch möglicherweise schon am Samstag  
die ersten Besprechungen mit ihm stattfinden können.

### Die NSDAP. lehnt ein Kabinett Schleicher ab

M. Weimar, 2. Dezember. Wie die Telegraphen-Union von  
zuständiger Seite der Pressestelle der NSDAP. auf Anfrage erklärt,  
lehnt die NSDAP. jegliche Tolerierung eines Ka-  
binetts Schleicher klar und unzweideutig ab. Die  
NSDAP. beziehe sich dabei auf ihren klar umrissenen Vorschlag zur  
Wählung der Regierungstrife, den Hitler dem Reichspräsidenten  
unterbreitet habe und der den einzig möglichen Weg darstelle, eine Re-  
gierung der nationalen Konzentration durch den Volkswillen zu  
untermauern.

## Von Papen zu Schleicher.

Die Regierungstrife, die an meist wenig erfreulichen Ueber-  
rassungen reich war, hat nun auch mit einer Kiesenüber-  
rassung geschlossen. Der Reichspräsident hat Herrn von  
Schleicher am Freitag vormittag mit der Kabinettsbildung be-  
auftragt, nachdem am Donnerstag abend auch in amtlichen Kreisen  
noch als feststehend angenommen wurde, daß die Betreuung Papens  
unmittelbar bevorstünde. Die Waage hat ja die ganze vergangene  
Woche zwischen Papen und Schleicher — und nur zwischen diesen  
beiden — geschwankt. Wir erlebten das eigenartige Schauspiel, daß  
zwei Kandidaten gleichzeitig nebeneinander per-  
handelt, daß aus diesem Nebeneinander vorübergehend auch ein  
Gegeneinander wurde, daß sie sich aber zuletzt wieder zusammen-  
fanden und mit einem gemeinsamen Programm vor den Reichs-  
präsidenten traten. Herr von Papen verhandelte eigentlich ohne  
Auftrag, nur aus der Zuversicht heraus, daß zwangsläufig nach dem  
Scheitern der Bemühungen um die Nationalsozialisten die Kräfte bei  
ihm enden müßte, Herr von Schleicher auf Grund eines Präzedenz-  
falles, der etwa so formuliert war, auf Grund, welche Möglich-  
keit sich für ein Kabinett Papen ergeben oder ob für ein Kabi-  
nett unter anderer Führung größere Aussichten, vielleicht auch nur  
geringere Reibungswahrscheinlichkeiten gegeben seien.

Am Donnerstag abend fand dann beidem gemeinsam zum Reichs-  
präsidenten zum Vortrag gegangen und haben ihm schließlich das  
gleiche Programm vorgelegt. Der Unterschied bestand nur  
noch in der Form, und Herr von Hindenburg hat wohl kaum einen  
Zweifel darüber gelassen, daß er sich für den bisherigen Kanzler  
von Papen entscheiden würde. In der Nacht ist dann der Umwälzung  
erfolgt. Die Beratungen in der Reichskanzlei haben bis tief in den  
Abend hinein gedauert.

Zum Freitag früh hatte Herr von Papen eine Sitzung des  
Kabinetts einberufen und sich unmittelbar darauf überraschend  
beim Reichspräsidenten melden lassen. Formell wird die Entscheidung  
in dieser Kabinettsitzung gefallen sein, als Herr von Papen vor  
der Tatsache stand, daß die Mehrheit seiner bisherigen Minister  
entweder ablehnte, weiter unter ihm tätig zu sein, oder jedenfalls  
eine Kandidatur Schleicher vorzogen. Das konnte für Herrn von  
Papen nach allem, was in den letzten Tagen bekannt geworden war,  
eigentlich nicht unerwartet sein. Er hatte kaum verhoffte Hoff-  
sagen von Herrn v. Neurath, vom Grafen Schwerin-  
Krausig und vom Preussentatminister Bracht in Händen. Indessen,  
er hatte darauf bisher ausschlaggebendes Gewicht nicht gelegt, weil  
er es als selbstverständlich anah, daß diese Widerstände mehr  
persönlicher Art durch das Nachwort des Präsidenten getraden werden  
konnten. Auf dieses Nachwort aber hat er es im letzten Augenblick  
dann doch nicht antworten lassen wollen. Das muß ihm menschen-  
lich und politisch hoch angerechnet werden. Denn es ist  
nicht ein Ausweichen vor der Entscheidung, sondern eine Unter-  
ordnung der Person unter die Sache.

Für den Reichspräsidenten lag die Alternative so, er  
wußte, daß die Ernennung Papens als Kriegsangelegenheit auf die Par-  
teien wirken mußte, und zwar auf alle Parteien außer den  
Deutschnationalen und den Splittlern der bürgerlichen  
Mitte. Er wußte, daß dann der Konflikt mit dem Reichs-  
tag unvermeidlich sei und der Bruch aus der Verfassung heraus  
nur noch eine Frage kurzer Frist sein könnte. Auch Herr von  
Papen ist sich darüber klar gewesen, und wenn er für den Freitag  
mit seiner Betreuung rechnete, dann standen die Vorschläge, die  
er dem Präsidenten machte, und die Vollmachten, die er erbitten  
wollte, für ihn fest. Sie waren sehr weitgehender Art. Sie  
verlangten die sofortige Auflösung des Reichstages ohne Anberau-  
mung von Neuwahlen. Sie bedeuteten also eine Isolierung des  
Präsidentenkabinetts, dessen einzige Kundendebung die Reichs-  
wehr blieb, und es ist sicher mehr als leere Rederei gewesen, wenn  
von den verschiedensten Seiten, auch aus dem Lager der sozialistischen  
Gewerkschaften, als Antwort auf ein Kabinett Papen der poli-  
tische Generalkrieg angeündigt wurde. Eine Drohung,  
die man nicht überschätzen, aber auch gewiß nicht unter-  
schätzen darf.

Auf der anderen Seite hatte Herr v. Schleicher bei seinen Be-  
mühungen um die Nationalsozialisten wenig Erfolg. Er hatte gewisse  
Zugeständnisse von den Gewerkschaften, die ihm eine, allerdings  
keineswegs tugendlichere Flankendeckung geben. Die Mühsal, die er  
dem Reichspräsidenten brachte, war also ziemlich mager, zumal, da  
er, wenn er an die Spitze des Kabinetts trat, auch die Beibehal-  
tung des Reichswehrministeriums verlangte und dadurch die Reichs-  
wehr eigentlich in den Mittelpunkt des ganzen innerpolitischen  
Kampfes unmittelbar hineinführte. Hätte Herr v. Papen sich zur  
Verfügung gestellt, dann würde der Reichspräsident, — so wird  
bestimmt versichert — nicht eine Minute gezögert haben, ihn von  
neuem mit der Bildung des Kabinetts zu betrauen.

Ausschlaggebend ist geworden, daß zuletzt Herr v. Papen den  
Kampf gegen seine Kandidatur selbst aufnahm und schließlich  
dem Reichspräsidenten gegenüber zum Sieg führte, mit dem Hin-  
weis, daß Herr v. Schleicher bei weitem nicht mit Hypothesen per-  
sönlicher Abneigung besetzt sei wie er, daß ein anderer Kanzler  
auch noch andere parlamentarisch-taktische Verhandlungsmöglichkeiten  
hat, und daß deshalb auch bei dem gleichen Programm ein Kabinett  
Schleicher „ein Kabinett der Entspannung“ gegen-  
über einem Kampfkabinett Papen sein müßte. Herr v.  
Papen hat die geschichtliche Verantwortung dafür nicht übernehmen  
wollen, den Reichspräsidenten in eine Zwangslage hineinzubringen,  
die uns mindestens scharf an den Rand des Bürgerkrieges und viel-  
leicht sehr bald auch in eine Präsidentenkrise hineingeführt hätte.  
Er hat sich deshalb selbst geopfert und den Weg zu einem letzten  
Versuch freigemacht.

### Hugenberg bei Hindenburg.

Berlin, 2. Dez. Amtlich wird mitgeteilt: Reichspräsident von  
Hindenburg empfing heute nachmittag den Führer der Deutschna-  
tionalen Volkspartei, Geheimrat Dr. Hugenberg, zu einer  
Besprechung über die politische Lage.

## Frankreichs Note um Zahlungsausschub.

„Unübersehbare Folgen einer Neuaufröhlung des Laufanner Abkommens“.

Paris, 2. Dez. Die neue französische Note an den ame-  
rikanischen Staatspräsidenten, in der die Forderung auf Zahlungs-  
auschub der französischen Schulden ausführlich begründet wird, ist  
am Freitag veröffentlicht worden.

Die französische Regierung stellt mit Befriedigung fest, daß Prä-  
sident Hoover sich bereit erklärt habe, die gesamte Frage dem ameri-  
kanischen Kongress zur erneuten Prüfung zu empfehlen. Sie habe  
mit Genugtuung davon Kenntnis genommen, daß die Regierung  
der Vereinigten Staaten sich über die Gründe einig sei, die dieses  
erneute Studium der Lage veranlassen. Der Wert dieser Grund-  
bedingungen und die Notwendigkeit einer Neuregelung seien über-  
zeugend und wichtig, daß man nur schwer an die Durchführung eines  
Abkommens glauben könne, das allgemein als nicht mehr der gegen-  
wärtigen Lage entsprechend angesehen werde.

Die französische Regierung habe niemals die juristische Berech-  
tigung der verschiedenen Verpflichtungen bestritten, die die  
Grundlage für die Kriegsschulden bildeten. Eine Bitte um Auf-  
schub stelle auch lediglich eine Vertagung dar, die nichts an dem  
Recht der Parteien ändere.

Deutschland habe außer einer Herabsetzung seiner Repara-  
tionen um 90 v. H. ein Moratorium von drei Jahren erhalten.  
Diese Regelung hätte in dem Rahmen einer allgemeinen Regelung  
aufgenommen werden müssen, was schon daraus hervorgehe, daß die  
europäischen Gläubiger ermächtigt auf die Zahlung der ihnen zu-  
gehörenden zwischenstaatlichen Schulden bis zum Zu-  
künftigen dieser allgemeinen Regelung verzichtet hätten. Die  
Folgen einer Wiederaufröhlung der in Laufanne erzielten Ergebnisse  
würden unübersehbar sein.

Die französische Regierung weist ferner darauf hin, daß das  
französische Parlament das Hoover-Moratorium nur unter Bedin-  
gungen der oben aufgeführten Gesichtspunkte angenommen habe.  
Andererseits habe die Sachverständigenkonferenz in Basel einstimmig  
die Transfizierung von Devisen ohne Gegenleistung, wie dies bei  
den Kriegsschuldenzahlungen der Fall sei, als Hindernis für die  
Wiederherstellung einer gelunden Weltwirtschaftslage einstimmig  
verurteilt. Man dürfe auch nicht vergessen, daß die Schuldenherab-  
setzung gegenüber einem Lande dazu führen würde, die Lasten

auf ein anderes Land zu verschieben, das ebenfalls Schuldner sei  
und das dadurch seinen Verpflichtungen nicht nachkommen könne.  
Eine neue Anpassung der Gesamtheit der zwischenstaatlichen Schul-  
den an die augenblickliche Weltlage sei die einzige auf die Dauer  
wirksame Maßnahme, die das Vertrauen wieder herstellen könne.

Von diesen Erwägungen ausgehend, habe die französische  
Regierung die Laufanner Abkommen angenommen. Sie  
habe sich mit diesem schweren Opfer einverstanden erklärt,  
in der Überzeugung, daß die in den bestehenden Verträgen  
vorgesehenen Zahlungen schwere finanzielle und wirtschaft-  
liche Folgen nach sich ziehen würden.

Das in Frankreich zusammengeströmte Gold gehöre nicht dem  
französischen Staatsschatz und es sei für Frankreich  
keine Quelle des Reichtums. Die leichte Besserung, die  
nach dem Laufanner Abkommen eingetreten sei, habe die Wölker  
eine allgemeine Lösung erhoffen lassen. Die Besehung, die zu er-  
kennen gewesen sei, könne nicht andauern, wenn die nächste  
Karte der zwischenstaatlichen Schulden verlangt  
würde.

Die französische Regierung könne nicht glauben, daß das  
amerikanische Volk Interesse an der Durchführung eines  
Abkommens habe, das in der ganzen Welt Chaos und  
Elend hervorruft.

Aus diesem Grunde bitte sie um eine nochmalige eingehende Stel-  
lungnahme zu ihrem Antrage. Sie sei sich der Rolle, die Frank-  
reich in Europa zu spielen habe, voll bewußt, sehe aber nicht, wie  
sie die ihr gestellten Aufgaben erfüllen solle, wenn ihr wider Erwar-  
ten die Hilfe und Mitwirkung Amerikas verjagt bleibe, auf die sie  
mit Bestimmtheit gerechnet habe.

### Vorläufig keine Antwort Amerikas.

M. Washington, 2. Dez. Präsident Hoover hatte während  
einer Kabinetts-Sitzung eine ausgedehnte Besprechung über die  
britische und französische Kriegsschuldenfrage. Ein Ergebnis dieser  
Besprechung wurde nicht bekannt gegeben. Staatssekretär Stimson  
ließ durchblicken, daß vorerst keine Antworten an England und  
Frankreich geplant seien.



# Die Annahme der Kirchenverträge.

## Ein Vortrag des Finanzministers Dr. Mattes.

In einer von der Deutschen Volkspartei, Ortsgruppe Karlsruhe, veranstalteten Mitgliederversammlung im Gartencafé des Moninger erstattete Finanzminister Dr. Mattes ein ausführliches Referat über die scharf umkämpften Kirchenverträge, die vom Landtag durch die Entscheidung des Präsidenten zur Annahme gelangten.

Der Herr Finanzminister führte u. a. aus:

Das Verhältnis zwischen Staat und Kirche kann man auf zwei grundsätzliche verschiedene Arten regeln, nämlich entweder als Staatskirchenrecht oder durch Trennung von Staat und Kirche. Der Liberalismus des 19. Jahrhunderts hat das Staatskirchenrecht vertreten und deshalb dem Staat starken Einfluß auf die Kirchen und innerhalb der Kirchen gegeben. Die deutsche Reichsverfassung im Jahre 1919 hat das durch den Liberalismus des 19. Jahrhunderts geschaffene Staatskirchenrecht aufgehoben und die aus der sozialistischen und freigeistigen Gedankenwelt stammende Trennung von Staat und Kirche weitgehend durchgeführt.

Dadurch hatte der Staat den früheren Einfluß auf die Kirchen beinahe restlos verloren,

da die Kirchen durch die neuen Verfassungen das Recht erhalten, alle ihre Angelegenheiten selbständig und frei zu ordnen. Der Liberalismus der Gegenwart kann weder den Grundsatz des Staatskirchenrechts noch den der Trennung von Staat und Kirche vertreten. Zum alten Staatskirchenrecht kann man zunächst deshalb nicht zurück, weil die neuen Verfassungen den Weg dahin verbarren und für eine Aenderung der Verfassung auch die politischen Voraussetzungen fehlen. Davon abgesehen, dürfte man aber auch heute zu dem alten Staatskirchenrecht nicht mehr zurück, weil die politische Staatsführung heute viel zu instabil ist und weil in einem Teil der deutschen Parteien viel zu starke antikirchliche und antireligiöse Kräfte vorhanden sind.

Deshalb muß die den Kirchen im Interesse einer geordneten Pflege des religiösen Lebens viel größere Freiheiten als früher geben.

Der Liberalismus der Gegenwart kann aber auch nicht den Grundsatz der Trennung von Staat und Kirche vertreten, denn er bekennt sich zur christlichen Gedankenwelt und muß sich deshalb positiv zu Kirche und Religion einstellen. Der Liberalismus darf auch in der Gegenwart keine kirchlich und religiös indifferenten oder freigeistigen Politik treiben, sondern er muß in einer Zeit, in der in immer stärkerem Maße gegen das kirchlich-religiöse Leben angeknüpft wird, die religiöse Arbeit der Kirchen unterstützen.

Deshalb muß der Liberalismus für die Zusammenarbeit von Staat und Kirchen eintreten

und nicht für die in der Weimarer Verfassung ausgesprochene Trennung von Staat und Kirche, die auch auf diesem Gebiet wieder einmal ihren rein theoretischen Wirklichkeitsfremden Charakter zeigt. Das bedeutet aber für die praktische Politik, daß man den Gedanken der vertraglichen Regelung zwischen Staat und Kirche unterstellt, weil man auf diese Weise die Verbindung zwischen Staat und Kirche wieder enger knüpfen und auf der anderen Seite die für unsere Gegenwart so ungeheuer notwendige Arbeit der Kirchen unterstützen kann.

Diesen Gedanken der vertraglichen Regelung des Verhältnisses zwischen Staat und Kirche hat die Deutsche Volkspartei von Anfang an vertreten und sich insofern immer wesentlich anders als der Liberalismus des 19. Jahrhunderts eingestellt. Das war die Ansicht des Stresemann und ist auch die Ansicht des derzeitigen Führers der Deutschen Volkspartei, Dingeldey. Die badischen Kirchenverträge sind auch von der Reichsleitung der Deutschen Volkspartei in Berlin geprüft worden und der Führer der Partei, Dingeldey, hat sowohl mündlich wie schriftlich der badischen Parteileitung der Deutschen Volkspartei mitgeteilt,

daß die badischen Kirchenverträge auch vom Standpunkt der Gesamtpartei aus gebilligt und angenommen werden könnten.

Der Redner behandelte dann den Inhalt der Kirchenverträge und vor allem die in den Konfordsberatungen stark umkämpften Punkte. Er führte hierzu folgendes aus:

Der erste Punkt, um den stark gekämpft wurde, war die politische Klausel. Man einigte sich auf einer mittleren Linie, weil man einerseits die Kirchen zwingen wollte, bei der Besetzung der obersten Kirchenstellen auf die Zusammenarbeit mit dem Staat Rücksicht zu nehmen und weil man andererseits die Kirchen nicht an ein absolutes Beto des Staates binden wollte, da die politischen Verhältnisse in Deutschland zur Zeit zu instabil sind. Der zweite Streitpunkt war die Ordensfrage. Wenn man hier letzten Endes doch Bestimmungen aufnahm, so deshalb, weil die deutsche Reichsverfassung die Orden grundsätzlich zuläßt. Eine praktische Bedeutung wird diese Bestimmungen voraussichtlich nie haben, denn so lange die jetzige Reichsverfassung gilt, schafft sie kein neues Recht; wird aber eines Tages die deutsche Reichsverfassung in Bezug auf die Zulassung von Orden geändert, dann wird sie darüber aller Wahrscheinlichkeit nach neue Bestimmungen treffen, die wieder dem badischen Konkordat vorgehen.

Am meisten Kämpfe verursachten die Fakultätsbestimmungen, wo die Deutsche Volkspartei im evangelischen Kirchenvertrag das Retozrecht der Kirche ablehnte und im katholischen Kirchenvertrag sich gegen die Aufnahme der kanonischen Bestimmungen über die katholischen Fakultäten wandte. Die Bestimmung über die beiden Weltanschauungsprofessuren an der Universität Freiburg ist gegen die Stimme der Deutschen Volkspartei erfolgt und fand nur deshalb Aufnahme, weil sich die Sozialdemokratie dafür aussprach und dadurch die Volkspartei überstimmte.

Ein wesentlicher Unterschied der badischen Kirchenverträge gegenüber den preussischen besteht darin,

daß durch die badischen Kirchenverträge die finanziellen Leistungen an die Kirchen nicht erhöht wurden,

während im preussischen Konkordat mit der katholischen Kirche allein eine Erhöhung der Staatsleistungen um eine Million Mark enthalten ist. Wenn der in den Kirchenverträgen geregelte Teil der geldlichen Zuwendungen des Staates an die Kirchen in eine feste Summe zusammengefaßt wurde, so geschah dies auf besonderen Wunsch des Finanzministers, da die Dotationen im Laufe der Jahrzehnte immer mehr gestiegen sind und in den letzten Jahren allein bei der katholischen Kirche bis zu 90 000 Reichsmark höher waren, als jetzt vereinbart ist. Deshalb war es vom Standpunkt der Staatsfinanzen aus zweckmäßig, hier eine feste Summe zu bestimmen, um auf diese Weise ein weiteres Steigen zu verhindern, solange keine Geldwertverminderung eintritt.

Der umkämpfte Punkt in den Kirchenverträgen sind die Bestimmungen über den Religionsunterricht.

Die Deutsche Volkspartei hat sich grundsätzlich mit der Aufnahme von Bestimmungen über den Religionsunterricht einverstanden erklärt. Es ist richtig, daß die Sozialdemokratie ursprünglich eine andere Haltung eingenommen hat und daß die Remmel'schen Entwürfe der Kirchenverträge m. W. keine Bestimmungen über den Religionsunterricht enthielten. Wenn die Deutsche Volkspartei hier eine andere Stellung einnahm, so hängt dies damit zusammen, weil sie wünscht, daß die deutsche Jugend religiös erzogen wird und deshalb der Religionsunterricht in den Schulen bleibt. Im ganzen gesehen, enthalten die Kirchenverträge einige Mängel, gegen welche die Volkspartei angeknüpft hat, aber die doch nicht von der Bedeutung sind, daß die Deutsche Volkspartei die Verträge ablehnen mußte.

Nun sind die Kirchenverträge mit den Stimmen der Deutschen Volkspartei angenommen worden, und da schließlich die Entscheidung aus der Kirche der Kirchenverträge nur mit dem Stichtenscheid des Landtagspräsidenten fiel, muß jedermann, der die internen Vorgänge nicht kennt, der Meinung sein, daß die Deutsche Volkspartei

bei dem Zustandekommen der Kirchenverträge hätte verhindern können, wenn sie gemollt hätte. Die auf Grund der Abstimmungsverhältnisse im Landtag scheinbar unüberlegbare Ansicht ist aber tatsächlich vollkommen falsch, denn wenn sich die Deutsche Volkspartei gegen die Annahme der Kirchenverträge ausgesprochen hätte, dann wäre die Vorlage dieser Kirchenverträge an den Landtag jetzt im Augenblick gar nicht erfolgt. Man hat, nachdem die Sozialdemokratie vor den letzten Reichstagswahlen beschlossen hatte, den Kirchenverträgen nicht zuzustimmen, diese Frage in der Regierungs-Koalition besprochen, da der Abschluß der Kirchenverträge ein Teil des Regierungsprogramms seit dem Jahre 1929 ist. Das Zentrum hat in dieser Koalitionsbesprechung die Frage aufgeworfen, ob sich die übrigen Regierungsparteien noch an das frühere Regierungsprogramm gebunden fühlen, und hat erklärt, daß, wenn dies nicht der Fall sei und dadurch die Gefahr bestünde, daß die Kirchenverträge nicht angenommen würden, das Zentrum aus der Regierung aussteige. Hätte also die Deutsche Volkspartei die Annahme der Kirchenverträge abgelehnt, dann wären diese zunächst dem Landtag nicht vorgelegt worden, das Zentrum wäre aber aus der Regierung ausgeschieden und es wäre ein Kabinettskrisen aus Volkspartei und Sozialdemokratie übrig geblieben, das im Landtag keine Mehrheit gehabt hätte und deshalb in jedem Augenblick hätte gestürzt werden können. Das Zentrum wäre natürlich nicht ausgeschieden, um tatlos beiseite zu stehen, sondern es hätte die dadurch gewonnene Freiheit dazu benützt, mit der Rechte eine neue und zwar konfessionsfreie Regierung zu bilden. Diese neue Regierung wäre aber aller Voraussicht nach zustande gekommen, denn die Verhandlungen im Landtag über die Kirchenverträge haben ganz klar gezeigt, daß sowohl Nationalsozialisten wie Deutsche Nationale und Evang. Volksdienst grundsätzlich bereit sind, Kirchenverträge abzuschließen.

Das Auffallendste an den Verhandlungen im Landtag war ja die Tatsache, daß die Deutschen Nationalen und der Evang. Volksdienst die Kirchenverträge nicht deshalb ablehnten, weil ihnen das katholische Konkordat nicht gefiel, sondern nur deshalb, weil ihnen der evangelische Kirchenvertrag zu liberal war. Hier wäre aber leicht eine Verständigung mit dem Zentrum zu erzielen gewesen, da es sich ja im wesentlichen nur um den evangelischen Kirchenvertrag gehandelt hätte und hier natürlich das Zentrum leicht Konzeptionen machen kann. In dem Augenblick aber, wo die Verständigung mit der Rechte erreicht gewesen wäre, hätte diese neue Mehrheit das Kabinettskrisen aus Sozialdemokratie und Volkspartei gestützt, die neue Regierung gebildet und die Kirchenverträge mit dem nach den Wünschen der Rechte geänderten Inhalt dem Landtag vorgelegt. Das Ergebnis wäre gewesen,

daß die Deutsche Volkspartei an der Seite der Sozialdemokratie in die Opposition gedrängt worden wäre und daß schließlich die Kirchenverträge doch zustande gekommen wären,

nur unter Beiseitigung dessen, was der Sprecher der Deutschnationalen „das liberale Gesicht der Kirchenverträge“ genannt hat. Aus diesen Gründen ist es vollkommen falsch, wenn man glaubt, die Deutsche Volkspartei hätte letzten Endes das Zustandekommen der Kirchenverträge verhindern können.

Die Deutsche Volkspartei hat die Kirchenverträge angenommen aus sachlichen Gründen und aus politischen Gründen.

Sie hat sie aus sachlichen Gründen angenommen, weil sie grundsätzlich auf dem Standpunkt der vertraglichen Regelung des Verhältnisses zwischen Staat und Kirche steht und weil sie erkannte, daß die vom liberalen Standpunkt aus zur Zeit bestmögliche Lösung der Frage der Kirchenverträge jetzt erreichbar war. Sie hat sie aus politischen Gründen angenommen, weil sie bei ihrer allgemeinen politischen Einstellung und bei dem heutigen Kurs der Weimarer Republik in Deutschland unmöglich sich an der Seite der Sozialdemokratie in die Opposition drängen lassen konnte, und weil sie dann beschließen mußte, daß die Kirchenverträge doch, nur von ihrem Standpunkt aus mit einem wesentlich veränderten Inhalt angenommen werden wären. Deshalb wird man sehr bald erkennen — und ich hoffe, daß diese Erkenntnis auch die Parteifreunde im Lande bald gewinnen werden —, daß der Weg, den die Deutsche Volkspartei bei der Frage der Kirchenverträge gegangen ist, sachlich und politisch der allein richtige war.

Zum Schluß machte der Minister noch eine Bemerkung wegen der Unterschrift des liberalen Ministers unter die Konkordate. Er führte dazu aus:

Diejenigen, die in ihrem Denken bei dem kulturkämpferischen Liberalismus des 19. Jahrhunderts stehen geblieben sind und die nicht erkannt haben, daß die Entwicklung längst darüber hinausgegangen ist und die Fragen von Staat, Kirche und Religion auch vom liberalen Standpunkt aus ganz anders als vor einem halben Jahrhundert beantwortet werden müssen, haben es mir ganz besonders übel genommen, daß mein Name unter den Kirchenverträgen steht. Sie werden noch mehr überrascht sein, wenn ich mitteile, daß das ursprünglich gar nicht vorgesehen war und auf meinen Wunsch gezeichnet ist. Nach dem ersten Entwurf waren als Vertreter des badischen Staates nur der Staatspräsident und der Kultusminister, der Unterrichtsminister, vorgesehen. Ich habe wie in Preußen, gewünscht, daß der Finanzminister als Bevollmächtigter des Staates ebenfalls erscheint, weil ich in der Öffentlichkeit den Eindruck vermeiden wollte, daß der Abschluß der Kirchenverträge nur eine Angelegenheit katholischer Minister war, weil ich vor allem unter dem Vertrag mit der evangelischen Kirche auch die Unterschrift eines evangelischen Ministers stehen haben und das Gemeinsame betonen wollte, das

heute die beiden großen christlichen Konfessionen verbindet und auch in dem Kirchenvertragswerk zum Ausdruck kommt.

Die stark besuchte Versammlung, die von dem 1. Vorsitzenden der Ortsgruppe Karlsruhe der Deutschen Volkspartei Herrn Ministerialrat Dr. Loh geleitet wurde, dankte Herrn Minister Dr. Mattes für seine Ausführungen mit lebhaftem Beifall.

In der Ansprache wies Herr Ministerialrat Umhauer darauf hin, daß durch die Kirchenverträge der Staat wieder vieles gewonnen hätte an Rechten, die er verloren hatte. Falsch wäre es gewesen, die Kirchenverträge zum Gegenstand einer Neuregelung der Schulfrage zu machen, die eine Angelegenheit des Staates bezw. des Reiches sei. Anzuerkennen sei, daß in die Kirchenverträge auch liberale Ideen hineingekommen seien.

Den Anschluß der Versammlung bildete die einmütige Billigung der Haltung der Landtagsfraktion, die sie zu den Kirchenverträgen eingenommen hat.

## Geh. Kirchenrat Professor D. Bauer

In einer von der kirchlich-liberalen Vereinigung Karlsruhe einberufenen Versammlung sprach am 29. November im Karlsruher Kathausaal Geh. Kirchenrat Professor D. Bauer-Heidelberg über das Thema: „Unsere evangelische Landeskirche und der Staatsvertrag mit der Kirche (Konkordat)“.

Der Redner hatte es übernommen, vor allem den Teil des evang. Kirchenvertrags zu behandeln, der sich auf die Theol. Fakultät Heidelberg bezieht. In einem geschichtlichen Exkurs, ausgehend von den ältesten italienischen und französischen Universitäten, dann von der Gründungszeit der Heidelberger Universität zeigte der Redner, wie es überhaupt zu einem bestimmten festen Verhältnis von Kirche und theol. Fakultät gekommen ist, das von Anfang an jedenfalls nicht bestand.

Erst nach der Reformation, unter dem Einfluß Melanchthons bestanden z. B. in Wittenberg und Heidelberg die Theologieprofessoren die Entscheidung von Lehrfreiheiten und die Vorbildung der künftigen Diener der Kirche übertragen. Auch bestanden vielfach Verbindungen von Pfarrstellen mit Professuren. In der Zeit, da der Großherzog von Baden, der zugleich der Landesbischof war, die Professorenstellen in Heidelberg durch das Kultusministerium auf Vorschlag der Fakultät besetzte, gab es zwischen Fakultät, Ministerium und Kirchenleitung kaum Schwierigkeiten. Das lag an der Personalunion, in der der Großherzog sowohl die höchste staatliche als auch kirchliche Gewalt in sich vereinte. Jedoch wurde durch einen Großherzogl. Erlaß angeordnet, daß vor der Ernennung eines Theologieprofessors der Kirchenbehörde Gelegenheit gegeben werden mußte, sich über den Kandidaten zu äußern. Ähnlich ist die jetzt im Kirchenvertrag getroffene Regelung, daß die theol. Professoren „im Benehmen“ mit der Oberkirchenbehörde besetzt werden. Nur bei der Besetzung der prakt. theol. Professur, so lange mit ihr die Leitung des Predigerseminars verbunden ist, ist der Kirche ein Veto recht zugestanden worden, denn diese Stelle darf künftig nur „im Einvernehmen“ mit der Kirchenbehörde besetzt werden. Gerade die in diesem Punkt ungleiche Behandlung von evangel. und lathol. Kirche trägt den Eigenarten der beiden Kirchen Rechnung. Denn Parität bedeutet nicht „Jedem das Gleiche, sondern jedem das Seine“.

Die Fakultät habe in den dem Vertrag vorausgegangenen Verhandlungen in der Frage der prakt. theol. Professur nachgegeben, um das Ganze zu retten, nämlich die Freiheit der wissenschaftlichen Forschung.

Der Redner schloß seine mit größtem Interesse aufgenommenen Ausführungen mit dem Aufruf an die Laien, die Theologen in ihrem Kampf um die evangelische Freiheit zu unterstützen.

Anschließend begründete Pfarrer Rath aus Mannheim, der Sprecher der Liberalen in der Landesynode, die Haltung seiner Partei, die ja bekanntlich fast einstimmig den Kirchenvertrag angenommen hat. Maßgebend war für die liberale Gruppe die Überzeugung, daß der Vertrag einerseits keine Gefährdung der Staatsautorität bringe, andererseits der evangel. Kirche gezielte Entwicklungsmöglichkeiten sichert.

## Gerichtszeitung.

Pforzheim, 30. Nov. (Wegen Betruges) verurteilte das Schöffengericht den 36 Jahre alten Ingenieur Armand Schnurpfeil zu einem Jahr sechs Monate Gefängnis. Schnurpfeil, der einen sehr bewegten Lebenslauf hinter sich hat, ist seit 1927 bereits fünf Mal wegen Betruges erheblich vorbestraft. In Regel verübte er gegenwärtig eine Gefängnisstrafe von 3 1/2 Jahren. Die Straftat, die dieser Verhandlung zugrunde lag, datiert bereits aus dem Jahre 1928. Er machte damals in Halle unter einem angenommenen Namen ein Geschäft auf und bestellte bei einer hiesigen Firma eine kleine Mat'ienendung gegen Nachnahme. Darauf und aufgrund von drei Referenzen, die er allerdings selber schrieb, lieferte man ihm für rund 4000 Mark Gold und Platin, die Schnurpfeil in Berlin für 3400 Mark verkaufte, ohne natürlich seine Verbindlichkeiten in Pforzheim zu erfüllen.

## Geschäftliche Mitteilungen.

Kaiser Wilhelm I., der bekanntlich 20 Jahre hindu röh kändiger Kurast von Bad Ems war, trank mit Vorliebe „seinen Kränchenbrunnen“ und benutzte auch schon das natürliche Emmer Quellwasser und die echten Emmer Pastillen. Bei Katarrhen, Nephren, Hämorrhoiden, Gicht, Rheumatismus, Grippe und Sodbrennen genießen diese natürlichen Heilmittel seit langem Bestruh. In allen einschlägigen Geschäften findet sie zu haben: achten Sie aber stets auf die bekannte Schmarke „Ems“.



Kein Wunder, wenn die anderen Hunde sich nach mir umsehen.

Ja, man kann mit den Blaupunkt-Stickereien fabelhafte Effekte erzielen! Herrchen meint allerdings, wir sollten für die Gutscheine lieber Gratis-Zigaretten nehmen. Aber so sind die Männer, sie denken immer zuerst an sich!

# Blaupunkt

mit Stickereien und Soldaten-Bildern

# 4 Pf.

WALDORF ASTORIA G \* M \* B \* H

Die Heidelberger Universitätskliniken.

Im Badischen Landtag haben die Abgeordneten der Deutschen Volkspartei folgende förmliche Anfrage eingebracht:
Bei den Beratungen des Staatshaushaltsplanes für die Rechnungsjahr 1932/33 hat der Herr Minister des Kultus und Unterrichts auf die unhaltbaren Zustände an den Heidelberger Universitätskliniken hingewiesen. Er hat dabei in Aussicht gestellt, daß er auch an die Reichsregierung herantreten werde, damit auch dort Mittel freigemacht würden, um endlich gründlich Abhilfe schaffen zu können. Ist die Regierung bereit, über den Stand dieser Frage Auskunft zu geben?

Späte Aufdeckung eines Verbrechens?

Heidelberg, 2. Dez. Auf einem Spielplatz, den der TB. Kirchheim a. Zt. durch den freiwilligen Arbeitsdienst herstellen läßt, stieß man gestern nachmittags in einer Tiefe von etwa 20 Zentimeter auf ein Skelett. Da die Lage des Skeletts den Verdacht ausschließt, daß es sich um einen Begräbnisplatz handelt, wird angenommen, daß es sich um die späte Aufdeckung eines Verbrechens handelt. Wahrscheinlich kommt der Mord an dem seit Februar 1876 aus Kirchheim verschwundenen Landwirt Philipp Knauber in Frage. Auch die Größe Knaubers soll mit der des Skeletts übereinstimmen. Die Fundstätte lag damals in einiger Entfernung vom Ort und man vermutet, daß der Täter die Leiche dort unbemerkt eingegraben hat.

Zigarettenpapier-Schmugler.

ah. Magau, 2. Dez. In den nahen pfälzischen Orten Würtz, Todgrün und Berg beobachtete die Polizei schon seit längerer Zeit einen umfangreichen Zigarettenpapier-Schmuggel. Es ist ihr jetzt gelungen, fünf Verhaftungen in dieser Affäre vorzunehmen, weitere Festnahmen stehen noch bevor. Die Schmuggler bereiten das ganze, unmittelbar Magau gegenüberliegende Bienwaldbgebiet.

Politischer Sprengstoffdiebstahl?

Itzen, 2. Dez. In der vorletzten Nacht wurde beim Heiligen Steinbruch in die Munitionskammer eingebrochen und eine beträchtliche Menge von Sprengstoff gestohlen. Die Täter sind bis jetzt unbekannt. Es liegt der Verdacht vor, daß bei dem Diebstahl politische Motive zugrunde liegen.

Regelshurter Genossenschaftsprozess.

Der Rechner freigesprochen.
Offenburg, 2. Dez. Vor dem Schöffengericht hatte sich der ehemalige Rechner Ernst Truppenbach der Regelshurter Bezugs- und Absatzgenossenschaft zu verantworten, der beschuldigt war, größere Unterschlagungen zum Schaden der Genossenschaft begangen zu haben. Truppenbach konnte aber bei einem Teil der ihm zur Last gelegten Unterschlagungen seine Unschuld nachweisen. Im übrigen herrschte bei der Rechnungsführung eine derartige Unordnung, daß das Gericht sich nicht zur Verurteilung des Angeklagten entschließen konnte und sprach Truppenbach frei. Truppenbach hatte beteuert, daß er nicht nur nicht in die eigene Tasche gewirtschaftet habe, sondern sein Vermögen von 12 000 Mark verloren habe.

Der Sebler ist schlimmer als der Stehler.

Heidelberg, 2. Dez. Der 20jährige Hilfsarbeiter Karl Deis aus dem Stadtteil Kirchheim hat in der Zeit von Juli bis Ende September in Mannheim-Ludwigshafen, Redarau, Hohenheim, Schwellingen und Heidelberg insgesamt 18 Fahrräder entwendet. Elf davon verkaufte er zu niedrigem Preis an den 22 Jahre alten Spengler Otto Kunz in Kirchheim, der die Fahrräder mit Gewinn weiterverkaufte. Der Einzelrichter verurteilte den noch unbeschäftigten Deis, der arbeitslos ist und aus Not gehandelt haben will, zu einem Jahr zwei Wochen Gefängnis. Kunz erhielt wegen gewerbsmäßiger Hehlerei ein Jahr Zuchthaus und wurde sofort abgeführt.

Rehl, 1. Dez. (Vom Reichsgericht verworfene Revision.) Vom Landgericht Offenburg war seinerzeit der führende Reichsvermögensverwalter von Rehl, Obersteuereinspektor Gustav Kuschbach wegen schwerer Amtsunterschlagung, Betrugs, einfacher Unterschlagung und Annahme von Geschenken zu einem Jahr Gefängnis verurteilt worden. Die von dem Angeklagten bis zum Reichsgericht eingelegte Revision gegen dieses Urteil wurde vom 1. Strafsenat verworfen und das Urteil des Offenburger Gerichts bestätigt.

Mannheim, 2. Dez. (36 Betrugsfälle.) Die Voruntersuchung gegen die Möbelfabrik Landes deren Chef Willy Landes nach der Konturseröffnung verhaftet wurde, hat 36 Betrugsfälle fast ausnahmslos in Wechselstichungen ergeben. Die Untersuchung richtet sich zugleich auch gegen den nicht verhafteten Möbelfabrikant Friedrich Landes, sowie einige Angestellte.

Die Toten im Lande.

\* Zell (Weidental), 30. Nov. Im hohen Alter von 90 Jahren starb der zweitälteste Bürger von Zell, Ferdinand Gerspacher. Er gehörte zu den Gründern der Stadtmusik, die im Jahre 1872 gegründet wurde. Mehr als 30 Jahre war er Werkmeister in der Baumwollspinnerei Feldmann & Heder.

\* Lunau (Amt Schopphelm), 30. Nov. Die älteste Einwohnerin unserer Gemeinde, Frau Maria Strohmaier, ist im Alter von 85 Jahren gestorben.

\* Baden-Baden, 2. Dez. (Freitod auf den Schienen.) Freitag früh warf sich der 62 Jahre alte Empfangschef Gröber in der Nähe des Weststadtstrandbades unter die Räder des Personenzuges Doss-Baden-Baden. Der Unglückliche war auf der Stelle tot.

\* Seebach, Amt Lahr, 30. Nov. (Lastwagen gegen Straßenbahn.) In einem aus Neuhofen bei Strazburg gemeldeten Zusammenstoß eines Lastwagens mit einer Straßenbahn war irrtümlicherweise gesagt, daß der Lastwagen von hier stamme. Es hat sich aber herausgestellt, daß sowohl das Fahrzeug als auch seine Insassen nicht von hier stammen und daß dem Berichterstatter eine Ortsverwechslung unterlaufen ist.

Ernennungen — Versetzungen — Zurufbefetzungen usw. der planmäßigen Beamten.

Aus dem Bereich des Justizministeriums:
Personalveränderungen in der Rechtsanwaltschaft.
Anwalter a. S. Rechtsanwälte: Gerichtsassessor Albert Virlinger, beim Landgericht Freiburg, Regierungsstr. 1, e. R. Alfred Nischele, beim Amtsgericht Rehl und Landgericht Offenburg, die Rechtsanwälte Albert Göttsche, beim Amtsgericht Rastatt unter Aufrechterhaltung seiner Zulassung, beim Landgericht Karlsruhe und der Kammer für Handelsachen in Pforzheim, August Neuburger, beim Landgericht Mannheim nach Versetzt auf seine Zulassung beim Amtsgericht Rastatt, Landgericht Karlsruhe sowie der Kammer für Handelsachen in Pforzheim, Dr. Max Jahn, beim Amtsgericht Redarbfischheim und Landgericht Mosbach nach Versetzt auf seine Zulassung beim Amtsgericht Bad Wimpfen und Landgericht Darmstadt.
Versetzt auf Zulassung: Rechtsanwalt Dr. Wilhelm Schröder, beim Landgericht Mannheim.
Getorben: Rechtsanwalt Dr. Julius von Amelungen in Gengenbach.
Konkurrenz, 30. Nov. (Der Gangfischfang im Untersee.) Das Ergebnis der ersten Woche des Gangfischfanges im Untersee war nicht zufriedenstellend. Zwar melden die Reichenauer einen nicht schlechten Fischfang, dagegen sind die schweizerischen Fischer nicht zufrieden. Sie betonen vor allen Dingen, daß wahrscheinlich die Laichzige noch etwas verfrüht sind und daß der See gegenüber anderen Jahren eine größere Wasserfläche aufweise.

Streiflichter aus Wiesloch.

Große Armut im Bezirk. — Die Fürsorge für den Winter.

Nicht allein in den laubentblöhten Erlenbüschen und Buchenhainen um das Amtsstädtchen ohne Finanzamt, nicht allein an den tannenen und lichtergrünmühten Schaufenstern der Geschäftsstraße erkennt man merklich den Einzug des Winters, auch in den Vereinen herrscht vorweihnächtliches Getriebe. Ueberall gesellige, musikalische Lebungsabende, Theater- und Turnproben, Vorbereitung für die Weihnachtsveranstaltungen. Gerade weil die bittere Not für die Menschen verdrängt, apathisch und misstrauisch macht, wollen die Vereins-„Familien“ zeigen, daß einer der ursprünglichsten Menschheitsgrundzüge, das Gemeinschaftsgefühl, noch nicht vollends ausgelöscht werden konnte.

Die größte „Familie“ Wieslochs, die vor wenigen Wochen wieder ins Leben gerufene „Winternothilfe“, hat bereits ihre ideale Tätigkeit aufgenommen und erhält bei ihren Veranstaltungen von allen Kreisen der Einwohnerschaft eine erfreulich weitgehende Unterstützung. So darf man im Hinblick auf diesen edlen Gemeinschaftsgeist hoffen, daß durch die redliche Hilfsbereitschaft auch hier die schlimmste Not während des Winters etwas gemildert werden kann. Auch die Stadtverwaltung unter der sozialfreundlich eingestellten Leitung von Bürgermeister Dr. Gröppler ist bemüht, möglichst jedem ausgeübten Erwerbslosen für mehrere Tage Arbeit in der Woche gegen einen bescheidenen Lohn zu geben. An der Wohlfahrtsfürsorge darf Wiesloch als vorbildlich bezeichnet werden. Wenn dadurch die Wohlfahrtslasten ungemein hoch sind, so sucht man durch anderweitige rigorose Sparmaßnahmen die Höhe der Gesamtausgaben herabzumindern. Die Gemeindeverwaltung konnte sich kürzlich vom Bürgerausschuß einen ausgleichenden Vorschlag beschaffen lassen. Gerade in den letzten Tagen gab das Gemeindeparlament einem neuen Projekt, das 50 jungen Arbeitslosen der Stadt für 100 Tage Beschäftigung bietet, seine Zustimmung: der Abholung eines Waldstreichens entlang der Reichsbahnlinie Rot-Mals-Wiesloch-Waldbrunn und Anlage einer Feuerstuhllinie. Die auf dem Wege des freiwilligen Arbeitsdienstes geplante Umwandlung bringt durch die Anlage von Wiesengelände der Stadt in den nächsten Jahren einige Einkünfte aus Heuerträgen, die den von der Stadt geleisteten Zuschuß vollstaus verzinsen und schließlich sogar amortisieren werden.

In diesen Tagen schreitet ein weiteres freiwilliges Arbeitswerk, das Wieslocher Schwimmbad, in den Talwiesen am Angelloch der Vollendung entgegen, nachdem eine wadere Schar erwerbsloser Mitglieder hiesiger Sportvereine sich gegen Wohlfahrtsentlohn seit Monaten in den Dienst dieser edlen Sache gestellt und die gesamte Einwohnerschaft durch freiwillige Spenden das Unternehmen gefördert hat. Der rechtliche Schlüssel zu diesem Projekt wurde dieser Tage durch die vom Bezirksrat erteilte bau- und wasserpolizeiliche Genehmigung angebracht.

Die vorweihnächtliche Einkaufszeit in der geschäftlichen und bescheidenen Zentrale des Amtsbezirks Wiesloch führt uns auf die Frage nach der Kaufkraft der Bezirksbevölkerung. Sehr geeignet für die Beantwortung derselben dürfte eine solche bekannt gewordene Statistik des Sekretariats Heidelberg des Zentralverbandes christlicher Tabakarbeiter Deutschlands sein. Nach diesen Angaben ist die Zigarettenindustrie in sämtlichen 16 Gemeinden des Bezirks in Belegschaften von 25-300 Arbeitern und Arbeiterinnen (letztere sind überwiegend) vertreten. In mehr als 80 Prozent der Ortschaften ist die Tabakindustrie die einzige; der Amtsbezirk Wiesloch ist also ein ausgeprägter Tabakarbeiterbezirk, von dessen 30 000 Gesamtinwohnern rund 6000 in der genannten Industrie beschäftigt sind. Bei den vorhandenen Krankenkassen sind 4200 Tabakarbeiter als pflichtversichert gemeldet, diese stehen also in Arbeit. Nach der am 15. November herausgegebenen Statistik des Arbeitsamtes Heidelberg beziehen 686 Personen Arbeitslohn oder Krisenunterstützung. Von allgemeinem Interesse dürften nun die statistisch erfassten Angaben der Durch-

schnittslöhne der Tabakarbeiter im Wieslocher Tabakarbeitergebiet sein. Der Durchschnittsverdienst eines Tabakarbeiters beträgt pro Woche im Amtsbezirk Wiesloch 10,25 RM. Dieser Lohn ist als Bruttolohn zu verstehen, von welchem die Beitragsleistungen zur Krankenversicherung sowie zur Beschäftigten- und Bürgersteuer mit mindestens 12 Prozent in Abrechnung zu bringen sind. Es bleibt also ein Wochenlohn von rund 9 RM. übrig oder auf die Stunde umgelegt, ein Nettostundenlohn von sage und schreibe 13,7 Pfennig. Diese niedrigen Zahlen reden eine sehr erschütternde Sprache, daß es sich völlig erübrigt, Folgerungen daraus zu ziehen. Damit dürfte es auch verständlich erscheinen, daß in den Tabakarbeiterfamilien sämtliche erwachsene Mitglieder eines Haushaltes (von 15 Jahren an) in der Fabrik arbeiten müssen, um für die Familie ein tägliches Brot zu verdienen. An Erneuerungen oder Neuanstellungen ist überhaupt fast nicht zu denken, es sei denn, daß die einzelnen Tabakarbeiterfamilie nebenbei die Lebensmittel zum Teil auf eigener Scholle baut. Es ist daher selten, daß aus einer Tabakarbeiterfamilie mit der vereinten Kraft aller Angehörigen und mit deren vereintem Opfer einmal ein Sohn oder eine Tochter „etwas Besseres werden kann“. Daß unter solchen Verhältnissen das Wieslocher Gesellschaftsleben trotz der verhältnismäßig guten Beschäftigung der Zigarettenindustrie sehr stark leidet, liegt auf der Hand.

So steht das diesjährige Weihnachtsgelächel unter keinem günstigen Stern, zumal auch die Kleinlandwirte des Bezirks durch den Ausfall der Obsterte und die Verschleppung des Weingeschäftes bis zum Frühjahr zurzeit kein Bargeld besitzen. Eine Notwendigkeit steht bevor.

r. Grafenhäuser, 2. Dez. (Abschiedsfeier.) Am letzten Sonntag fand in der „Krone“ die Abschiedsfeier zu Ehren des Pfarrers Schleichler statt. Dieser wirkte über ein Vierteljahrhundert lang reichlich in der Gemeinde. Bürgermeister Decher entbot ihm herzliche Abschiedsworte. Durch Musik und Gesangsbeiträge erhielt die Feier einen würdigen Rahmen.

Mein Wunschzettel!

Die große Weihnachts-Preisauflage der Badischen Presse erscheint

heute abend

Jedermann ist zur Beteiligung eingeladen! Wertvolle Preise sind ausgesetzt!

Badisches Landestheater

Spielplan vom 3. bis 11. Dezor. 1932

Am Landestheater:
Samstag, 3. Dezember: \* E 9. Th.-Gem. 2. Or. Unter Leitung des Komponisten: Salome. Drama von Richard Strauß. 20-21.30 (5.-).
Sonntag, 4. Dezember: \* G 10. Th.-Gem. 901-1000. Aftelil. Dramatische Symphonie von Friedrich Klose. 19.30 bis nach 21.30 (5.70).
Montag, 5. Dezember: \* B 10. Th.-Gem. 11. Or. Der Mann mit den braunen Schuhen. Lustspiel von Rena. 20-22.30 (3.90).
Dienstag, 6. Dezember: \* E 10. Th.-Gem. 1401-1500. Die Janberlöte. Oper von Mozart. 20-23 (5.-).
Mittwoch, 7. Dezember: Nachmittags: Zum ersten Mal: Stöbel bummelt durch die Welt. Märchen von Karl Irmler. 15 bis nach 17 (0.40-2.00).
Abends: \* A 9. (Mittwochmiete) Th.-G. 601-700. Robinson soll nicht herben. Ein Stück von Friedrich Schiller. 20-22 (3.90).



Donnerstag, 8. Dezember: \* D 11 (Donnerstagmiete) Th.-Gem. 601-900. In Pforzheim blüht. Lustspiel von Büchner. 20-21.45 (3.30).
Freitag, 9. Dezember: \* F 11 (Freitagmiete) Th.-Gem. 1001-1100. Deron. Große Oper von Weber. 20-22.30 (5.-).
Samstag, 10. Dezember: Nachmittags: Stöbel bummelt durch die Welt. Märchen von Karl Irmler. 15 bis nach 17 (0.40-2.00).
Abends: \* G 11. Th.-Gem. 1201-1400. Eine Nacht in Venedig. Operette von Johann Strauß. 20-22.30 (5.-).
Sonntag, 11. Dezember: Nachmittags: 6. Vorstellung der Sondernormale für Anwärter: Deron. Große Oper von Weber. 15.15 bis 17.45 (3.30).
Abends: \* C 11. Th.-Gem. 1201-1400. Stöbel und Gretel. Märchen von Grimm. Verbind. Die Ruwenker. Ballett von Josef Baner. 20-22.45 (5.-).

Auswärtige Gastspiele:
Montag, 5. Dezember: In Strazburg: Die ägyptische Helena.
Freitag, 9. Dezember: In Strazburg: Die Räuber.

Schokoladen- und Pralinen-Packungen von ersten Markenfirmen für Theater und zu Geschenkwegen. Filiale Waldstraße 62. Schokoladenhaus Ant. Wenzel.

Kupferberg. Frohes Hoffen auf baldigen Wieder-aufschwung erfüllt die Welt. Nun wird „Kupferberg“ gut am Platze sein, um auch Ihre Stimmung anzukurbeln! In allen Wein- und Feinkosthandlungen KUPFER 2.75 GOLD 4.90.

Unentbehrlich für Ihr Wohlbefinden ist Künzels Aka-Fluid. Erfrischungs-Fluid. Der beste Schutz gegen Schnupfen, Grippe und Erkältungskrankheiten.

Am häßlichen Konserthaus:
Sonntag, 4. Dezember: \* Krisis - Paris. Fosse mit Gesang von Gustav Michaelis. 19.30 bis nach 22 (2.60).
Sonntag, 11. Dezember: \* Krisis - Paris. Fosse mit Gesang von Gustav Michaelis. 19.30 bis nach 22 (2.60).

Kartenvorverkauf: Vorverkaufsstelle des Badischen Landestheaters, Tel. 6288. In der Stadt: Musikalienhandlung Erik Müller, Kaiserstr. 96, Tel. 388 und Musikalienhandlung des Verkehrsvereins, Kaiserstr. 159, Tel. 1420. Zigarrenhandlung Rr. Brunner, Kaiserstr. 39, Tel. 4351 und Kaufmann Karl Schick, Vorderplatz 48, Tel. 503 und Verkaufsdirektion Habs. Buchdr. 81, I., Tel. 3076. In Durlach: Musikhaus Karl Weib, Hauptstr. 458.

Die gute Uhr, Der schöne Ring, Der mod. Trauring, Bastecke, Alle Reparaturen, Neuheiten in Tischuhren, Uhren und Uhrenarmband, O. Hiller, Juwelier, Waldstr. Nr. 24, neben Colosseum.

M. Bieg & Co. Inh.: Karl Fr. Unedogger. Vergolderei - Kunsthandlung, Einrahmung Oelgemälde, Preisverwertung jeder Art. Akademiestr. 16 - Telefon 1916.

Warme Strümpfe \* Warme Handschuhe Niedrige Preise Rud. Hugo Dietrich





## Des Gärtners Tagewerk im Dezember.

Im Garten verhindert die Unbill des Wetters fast jede Arbeit. Dennoch sollten wir es nicht veräumen, den darbenenden Sägen bei großer Kälte und hohem Schnee einen Futterplatz in der Nähe eines schützenden Gebäudes zu errichten. Er ist, so lange Schnee liegt, regelmäßig mit Sonnenblumenternen und Hanfsamen zu besäen. In die Bäume hängt man ungekelzten Sped, Gerippe von Gärten, Salen um, auf, alles Futter, was vornehmlich für die so nützlichen Meisen erforderlich ist.

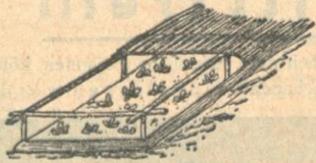
Im Obstgarten ist für einen Kälteschutz der frostempfindlichen Pflanzen zu sorgen. Erdbeerbeete werden unter Schonung der Herzblätter mit trockenem Mist oder Torfmull abgedeckt. In rauhen Lagen müssen Pfirsiche, Aprikosen- und Birnspalier durch Überhängen von Fichtenzweigen geschützt werden. Weinstöcke legt man besser nieder und bindet sie in Stroh ein. Jüngere Obstbäume mit Ausnahme des Steinobstes sind gegen Hagelsturz zu sichern, wenn die Einfriedigung des Gartens nicht dicht genug ist. Es genügt schon, irgend weiches Dornenetz um die Bäume zu binden. In milden Tagen können die noch nicht erdigen Arbeiten der Saumpflanze, insbesondere das Umlisten und Ausputzen der Kronen, fortgesetzt werden. Unbedingt sind die Beerensträucher im Herbst auszuhacken und zu schneiden, da sie gegen das Frühjahr hin schon frühzeitig austreiben und dann eine größere Menge Reservenstoffe unnötigerweise verbrauchen.

Im Gemüsegarten wird mit dem Umgraben und Düngen fortgefahren. Wer Torfmull als Bodenlockerungsmittel zum Ersatz des Stallmistes verwendet, sollte ihn vorher gründlich mit Wasser, noch besser mit Jauche anfeuchten. Gleichzeitig kann Thomasmehl und Kali gestreut werden. Statt verunkrautetes Land bringt man wieder in Ordnung, wenn man es rigolt. Ebenso sollten geplante Spargelanlagen unbedingt rigolt werden.

Komposthaufen sind umzuheben und die einzelnen Schichten mit Kalb, der die Verweimung fördert, zu überdecken. Nach einigen Wochen wird er noch tüchtig mit Jauche getränkt.

Gemüsekeller und Erdgruben lüftet man bei mildem Wetter öfters und hebt sie durch, wobei alle faulenden Blätter, etwa Rüben und dergl. zu entfernen sind. Sobald strenge Kälte eintritt, müssen die Erdgruben mit Stroh, Laub und darüber mit Erde gut abgedeckt werden, damit der Frost nicht eindringen kann.

Am jeder Zeit ernten zu können, wird ein Teil der Spinat- und Feldsalatbeete mit Laub bedeckt. Besser ist jedoch, ein niedriges Gitter über die Beete anzubringen und mit Brettern oder Strohmatten zu belegen, die Schnee und Frost abhalten (s. Abb.)



Im Ziergarten wird der Boden zwischen den Gehölzen sich umgegraben, und diese selbst werden ausgelichtet bzw. geschnitten. Dabei entfernt man etwaige Läden aus. Die im Herbst mit Frühjahrsblümen besetzten Beete sind gegen Frost mit Fichtenzweigen zu schützen.

Der Rosen wird, falls es noch nicht geschehen ist, noch einmal im Anfang des Monats geschnitten. Man reinigt ihn von Blättern und Grasresten und bringt Komposterde oder torfen Mist leicht auf. Bei hartem Schneefall sind Nadelhölzer und immergrüne Sträucher von der schweren Schneelast zu befreien, damit keine Äste abbrechen.

Im Zimmer leiden die Topfpflanzen in der Winterzeit, wenn ununterbrochen geheizt wird, erheblich unter zu großer Wärme, trockener Luft und Staub. Am gesündesten bleiben unsere Pflanzen, auch Herbst- und Winterpalmen, in einem kühlen Räume bei 8 bis 10 Grad C. Hierbei trocknen sie nicht so leicht aus und bleiben sich frei von Ungeziefer. Auch die Alpenveilchen, Primeln, Azaleen u. a. fühlen sich im kühlen Zimmer am wohlsten und blühen länger als im geheizten Räume. Sie brauchen auch nur wenig Wasser. Es genügt vollauf, je je nach der Trockenheit alle 8-10 Tage einmal zu gießen. Eine Wohltat wird ihnen erwiesen, wenn namentlich die Blattpflanzen mit einem Wattebausch oder sarten Schwamm und lauwarmem Wasser mindestens alle 14 Tage gründlich abgewaschen und so von Staub, Ruß und Insekten gesäubert werden. Vor kalter Zugluft sind die Pflanzen emischieden zu bewahren.

## Auf dem Hühnerhof im Dezember.

Mit Beginn der kalten Jahreszeit fangen die Eierpreise an zu steigen. Sehr zeigt sich der Meister in der Hühnerzucht: er hat für leistungsfähige Stämme georgt und weiß diese so sachgemäß zu züchten, daß er viele und große Wintererträge erhält. Seine Hühner haben den ganzen Tag über im hellen und luftigen Scharrraum Bewegung; denn sie finden in der Torf- oder Sägespäneerde immer noch, nach denen sie eifrig scharren. Sie merken auch nicht, daß die Tage kürzer werden, denn mit einbrechender Dunkelheit schaltet sich automatisch das elektrische Licht ebenso wie in der Morgenämmerung ein. Diese Hühner haben so genügend Zeit, ausreichende Mengen Futter zu verzehren, um die Höchstzahl an Eiern zu produzieren. Sie werden ja auch mächtig dazu gereizt, da das Futter reichlich ist. Dies gilt namentlich von dem sogenannten Legehühner, das ihnen in Automaten zur ständigen Aufnahme in beliebiger Menge zur Verfügung steht. Es wird dabei kein Futter verschwendet, da alle unnützen Fresser mit Hilfe der Fallensortkontrolle ausgesondert worden sind. Die noch vorhandenen Hühner fressen sich natürlich satt, aber sie sehen darüber hinaus einen großen Teil des Futters in Eier um. Dazu brauchen sie natürlich auch viel Kalk, den sie immer im Mörstel finden, der in einem Kästchen in einer Ecke zusammen mit Grit und Holzstohle steht. Die nötigen Vitamine werden geleimter Hager, der auch ein sehr gutes Legehühnermittel ist, und täglich pro Kopf mit 10 Gramm gegeben wird. Damit die Hühner sich den Magen nicht erkälten, wird das Tränkwasser durch warme Steine oder heizbare Tränken ständig überschlagen gehalten. Warme Schmarotzer können die Leistungen der besten Henne herabsetzen. Darum fehlt es in dieser modernen Zucht nicht an einem natürlichen Schutz. Um aber allem vorzubeugen, sind die Sichtgitter mit hängenden Vorhängen selbst zu verfertigen. Die im Scharrraum untergebrachte, doppelwandige Schlafkammer ist der Zahl der Hühner entsprechend groß, so daß die Tiere ihn durch ihre Eigenwärme entsprechend warm halten. Um die Räume zu verhitzen, werden bei großer Kälte die Räume leicht mit Petroleum gefüllt. Der Leistungszüchter verwendet es aber, großtätigere Rassen zu halten.

Am Winter brauchen die Bienen absolute Ruhe, da sich sonst die Traube auflöst, zu frühe Brut angelegt wird (verbunden mit übermäßiger Zehrung), oder Ruhr auftritt. Brausende Wölter sind wünschenswert, leiden unter Durst und Hunger, sind ruhrtrank oder haben Brut. In jedem Falle muß der Winter die Ursache ergünden und Abhilfe schaffen. Die Fluglöcher müssen ständig frei sein. Entl. reinigt man sie mit einem Sägen oder einer Feder. Besonders notwendig ist dies bei Durstnot, da dann die Wölter die Zellen aufbeistehen und die Kristalle auf den Boden werfen. Bei nicht zu strenger Kälte hält man die Beuten immer noch kühl, damit die Traube fest bleibt, und keine Brut angelegt wird. Erst bei Schnee und Eis werden die Strohmatten zwischen die Fenster (Drahlgitter) und Türen gelegt. Auf hartgefrorenem Boden soll jede Erschütterung in der Nähe der Stände vermieden werden, da sie sich dann bis zu den Bienen fortpflanzen und sie heurührt. In solcher Zeit darf man den Stand nur in dringenden Fällen betreten. — Eine gute Wende ist Bedingung für die Winterruhe. Sie schließt nicht nur vor Licht, sondern hält Sturm und Zugluft von den Fluglöchern ab. — Ein ruhiges Volk liegt fast in Erstarrung. Es geht wenig, und die Bienen fächeln nur leise mit den Flügel. Bei der geringsten Störung lockert sich die Traube jedoch sofort.

## Das Zuchtziel der bad. Rindviehzucht.

In letzter Zeit ist ein Artikel verbreitet worden, in dem das Zuchtziel der badischen Rindviehzucht als verfehlt hingestellt und ein Gegenstand zwischen Landwirt und Tierarzt behauptet wird. Hierzu wird von sachverständiger Seite mitgeteilt:

Hinsichtlich der Zuchtrichtung und des Zuchtziels besteht in Baden keinerlei Gegenstand zwischen Landwirt und Tierarzt. In der Hauptsache handelt es sich um die Frage: Wie steht es mit dem Gegenwarts- und Zukunftswert des Höhenfleischochvieh und mit der Entwicklung desselben in den letzten Jahrzehnten?

Daß das Höhenfleischochvieh für süddeutsche Verhältnisse ungeeignet sei, ist eine durch nichts erwiesene Behauptung. Wenn für die angebliche Ungeeignetheit das Auftreten von Niederungsstoch in Baden als Beweis angeführt wird, so werden die Gründe für diese an sich bedauerliche Erscheinung nicht genügend erkannt. Es war der Ruf nach Milch, Milch um jeden Preis zu einer Zeit, zu welcher der noch günstige Milchpreis eine bessere Einnahme versprach; es war eine gewisse Unkenntnis von dem hohen Milchleistungsvermögen der Höhenfleischochvieh, die aus der Abwertung der badischen Kleinbetriebsinhaber gegen die Milchkontrolle zu erklären war, und es waren schließlich urächlich in der Art des Kleinbetriebes ruhende Unmöglichkeiten, die Nachfrage nach Milchvieh rechtzeitig zu befriedigen. Heute liegen die Verhältnisse glücklicherweise wieder anders.

In vorbildlicher Gemeinschaftsarbeit haben führende Landwirte und Tierärzte nach Ueberwindung großer Widerstände den Verband badischer Rinderkontrollvereine geschaffen. Es wird keinem der an der Gründung beteiligten Berufsstände einfallen zu behaupten, daß ihm das schwierige Werk auch ohne den anderen gelungen wäre. Die Rinderkontrollvereine zeigen, daß es nicht darauf ankommt, mit hohen Milchleistungszahlen sich selbst und die Zukunft zu binden, sondern daß es gilt, wirtschaftliche Mängelungen mit hohem Festgehalt möglichst billig herzustellen. Denn das Abfinden des Milchpreises bis in die Nähe des so niedrigen Weltmarktpreises, das allgemeine Schwächen der Kaufkraft der deutschen Bevölkerung, eine gewisse Ueberproduktion an Milch reifertigen nur noch die Hoffnung auf Rentabilität der Milchherzeugung auf obigem Wege und haben die Hoffnung auf Erfolge aus der Herstellung großer Milchmengen allein zunichte gemacht. Die Kontrollvereine werden zeigen, — die bisherigen Prüfungen innerhalb der Zuchtverbände haben es schon deutlich bewiesen —, daß die Milchleistung der Höhenfleischochvieh gut ist, daß sie ererblich mit günstigen Anlagen ausgestattet ist, und daß es ganz allein noch der von Fall zu Fall zu bestimmenden Verabreichung eiweißreicher Futtermittel bedarf, um eine auf der Höhe der Laktation stehende Fleischochvieh zu jät derselben Leistung an Milchmenge und zu noch höherer Leistung an Fettmenge, als wie die Niederungsstoch sie aufweist, zu bringen. Einige Zahlen mögen beweisen:

Von 12 auf 365 Tage für das Deutsche Rinderleistungsbuch geprüften badischen Fleischochvieh wurde eine Durchschnittsleistung von 7403 kg Milch zu 3,87% Fett und mit 288 kg Jahresfettmenge festgestellt, bei 9 auf 305 Tage geprüften Kühen liegen die entsprechenden Zahlen bei 5986; 3,86%; 281 kg. Die Höchstleistungen betragen 9084 kg Milch bzw. 326 kg Fett.

Auf der Mannheimer Ausstellung war die Höhenfleischochvieh „Kaisanie“ aus dem Erfurter Zuchtverband mit 10 511 kg Milch zu 5,16% mit 542 kg Fettmenge die beste Fettleistungstoch der ganzen Ausstellung, die mit 684 Punkten sogar die oipreukhöchste Niederungsstoch „Quappe“ um 34 Punkte übertrug.

Die badischen Fleischochvieh standen im Mannheimer Milchleistungswettbewerb an erster Stelle und die oberbadische Sammlung von sechs Leistungs- und Formentkernen schlug um 10 Punkte jede andere Sammlung aller übrigen Fleischochviehverbände.

Wer sich von solchen Spitzenleistungen allein nicht überzeugen lassen kann, wer mit Recht der Meinung ist, daß nur die Durchschnittsleistungen innerhalb der Gesamtheit der geprüften Tiere für eine richtige Wertbeurteilung maßgebend sein können, der beachte folgende Gegenüberstellungen:

Zuchtgebiet	Viehschlag	Leistung
Baden	Höhenfleischochvieh	8329; 3,75%; 125
Thüringen	"	3370; 3,95%; 139
Mitteldeutschland	"	3377; 3,91%; 132
Milchkühe allgemein	aller Rassen einschl.	
im Reich	Niederungsstoch	3795; 3,32%; 126
Ostpreuss. Niederungsstoch	best. Milchvieh in ganz Deutschland	4417; 3,24%; 148

Diese hohe Leistung stempelt die Höhenfleischochvieh zu einem zumindest ebenso wertvollen Leistungstier wie es die Niederungsstoch ist. Bleibt erstere in der Milchmenge auch hinter der letzteren etwas zurück, so hebt sie den gewiß nicht bedeutenden Unterschied auf durch die hohe Fettleistung und außerdem dadurch, daß sie als Schaffstoch in 70% der badischen Betriebe Verwendung findet. Man lege nur die Kühe im Zwei- oder Vielgepänn auf den schwereren Böden und in gebirgigem Gelände beim Schaffen an, dann wird man ihre hohe Leistung bewundern. Gerade die wirtschaftliche Notwendigkeit, sämtliche im Kleinbetriebe vorhandenen Kühe zur Arbeit heranzuziehen zu müssen, ist mit ein Grund, weshalb der badische Züchter nicht immer Kühe oder Kalbinnen zum Verkauf bereit halten kann, und weshalb die Nachfrage hiernach vielfach nur schwer befriedigt werden kann.

Das Höhenfleischochvieh wird in Deutschland überall da gehalten, wo es die Verhältnisse der Wirtschaft und des Bodens verlangen. Die Vereinerung der drei Leistungen in einem Tier, die Fähigkeit, im Kleinbetriebe billige Arbeit zu leisten und dabei doch noch ein gutes Milch- und Fleischstoch zu sein, haben ihm sein Feld errungen und werden es ihm erhalten, wenn es auch aus norddeutschen Gebieten, die mit Pferd und Maschine arbeiten, wieder verschwinden ist. Über schon in Mitteldeutschland und in Thüringen, in Ländern mit den unferen ähnlichen Besitzverhältnissen, leben wir die Fleischochviehverbände in hoher Blüte. Ueber 4000 Mitglieder mit über 13 000 eingetragenen Tieren in beiden Verbänden halten gute Grenzschutz gegen das Niederungsstochgebiet.

Es ist nur Unkenntnis, wenn behauptet wird, daß der Rückgang im Absatz von Arbeitsochsen nach Norddeutschland auf einen Fehler der Zuchtungsarbeit zurückzuführen sei. In Wirklichkeit liegen die Dinge so, daß im Reich die Zahl der Arbeitsochsen von 1 368 785 im Jahre 1918 auf 807 974 im Jahre 1930, also um 55,5% zurückgegangen ist, weil der norddeutsche Großgrundbesitzer zum Dampf- und Bulldoggen und zum Pferdegepänn übergegangen ist. Und Unkenntnis ist es, wenn gesagt wird, unsere badischen Züchter hätten unter Ablasschwierigkeiten, weil die tierärztlichen Tierzuchtleiter die Lage nicht übersehen hätten. Der Rückgang im Absatz, der bei allen landwirtschaftlichen Produkten und bei allen anderen Viehschlägen in gleichem Umfange beobachtet wird, hat ganz andere Ursachen. Zunächst ist die schlechte allgemeine Wirtschaftslage dafür verantwortlich zu machen. Sodann haben unsere früheren Nachzuchtgebiete jahrzehntelang Vieh aus Baden bezogen, um ihren eigenen Viehschlag zu verbessern. Es wären schlechte Züchter in Hohensollern, Heßen, Sachsen, Mitteldeutschland, Thüringen und auch in Württemberg und Bayern, wenn ihnen das nicht gelungen wäre, im Rahmen der ihnen von ihrer Scholle gebotenen Möglichkeiten. Heute sind sie soweit, daß sie uns nicht mehr brauchen, zum Teil es auch nur glauben, sie könnten ohne unser Material eigene Fortschritte machen. Auch daß das früher so lebhaft ausgeübte Auslandsgehandelt seit dem Kriege über leichte Anläufe nicht hinauskommt, ist für Baden ein gewaltiger Nachteil. Endlich drückt die große Ueberproduktion an Schlachtvieh die Preise für Zuchtvieh sehr hart.

Daß in der Fleischochviehzucht eine Umstellung von dem großen auf den niedrigen Typ notwendig wurde, wurde von den verantwortlichen Stellen frühzeitig erkannt. Es hat sich gezeigt, daß das Prinzip des „Wirtschaftstyps“ auf jedes landwirtschaftliche Nutztier, Pferd, Schwein und Rind Anwendung finden mußte, es war ein und dieselbe Bewegung bei allen Tierzuchtweigen, von der Wirtschaftsnote der Nachkriegszeit geboten. Wir begannen aber auch bei allen Züchtern denselben Schwierigkeiten, telenswegs nur in der Höhenfleischochviehzucht Badens, und daß schließlich die Umstellung in Klein- und Kleinstbäuerlichen Betrieben Badens besonders schwierig war, sollte dem wirklichen Kenner der Verhältnisse bekannt sein.

Eine von Natur aus gegebene, durch den Einfluß der Scholle verstärkte, vor Jahrzehnten hoch geschätzte und von Züchtern der ganzen Welt ererbte Eigenschaft des Schwerm, Großen und Wichtigen läßt sich in der Rinderzucht nicht von heute auf morgen wegnehmen, sondern muß im Laufe von Jahren und Generationen durch Auswahl und Haltung allmählich ersetzt werden durch die von der Gegenwart mit Recht geschätzte tiefe Wirtschaftsform. Wer die badischen Zuchtverbände und Verfeinerer nicht und wer die Mannheimer Ausstellung besucht hat, der weiß wie sehr die Fleischochviehzucht sich diesem Ziele genähert hat. Es war das Urteil aller Sachkenner, daß noch nie auf einer Ausstellung der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft Fleischochvieh in solcher Vollkommenheit und Ausgeglichenheit und mit solchen Leistungs- und Wirtschaftsformen gezeigt worden ist wie in Mannheim.

## Am Bienenstand im Dezember.

Am Winter brauchen die Bienen absolute Ruhe, da sich sonst die Traube auflöst, zu frühe Brut angelegt wird (verbunden mit übermäßiger Zehrung), oder Ruhr auftritt. Brausende Wölter sind wünschenswert, leiden unter Durst und Hunger, sind ruhrtrank oder haben Brut. In jedem Falle muß der Winter die Ursache ergünden und Abhilfe schaffen. Die Fluglöcher müssen ständig frei sein. Entl. reinigt man sie mit einem Sägen oder einer Feder. Besonders notwendig ist dies bei Durstnot, da dann die Wölter die Zellen aufbeistehen und die Kristalle auf den Boden werfen. Bei nicht zu strenger Kälte hält man die Beuten immer noch kühl, damit die Traube fest bleibt, und keine Brut angelegt wird. Erst bei Schnee und Eis werden die Strohmatten zwischen die Fenster (Drahlgitter) und Türen gelegt. Auf hartgefrorenem Boden soll jede Erschütterung in der Nähe der Stände vermieden werden, da sie sich dann bis zu den Bienen fortpflanzen und sie heurührt. In solcher Zeit darf man den Stand nur in dringenden Fällen betreten. — Eine gute Wende ist Bedingung für die Winterruhe. Sie schließt nicht nur vor Licht, sondern hält Sturm und Zugluft von den Fluglöchern ab. — Ein ruhiges Volk liegt fast in Erstarrung. Es geht wenig, und die Bienen fächeln nur leise mit den Flügel. Bei der geringsten Störung lockert sich die Traube jedoch sofort.

## Wie sehen wir Blumenzwiebeln?

Wie eine Reihe kleiner Heineleinmännchen stehen im Winter die Spazintinnen mit ihren kleinen bunten Mägen auf hohen Gläsern im Doppelfenster. Es gehört freilich viel Geduld dazu, auf diese Weise blühende Blumen zu ziehen, aber aus dem Warten und treulichen Beobachten des Wachstums durch viele Wochen erwächst die schönste Vorfreude, bis endlich eines Tages die art duftende Blüte durchbricht und uns anlächelt.

Wer im Winter in seinen Doppelfenstern so ein Stüdchen blühender Natur haben will, muß spätestens jetzt beginnen, die Blumenzwiebeln auf Gläser zu setzen. Diese werden mit Wasser gefüllt, so daß etwa ein Finger breit des Glases leer bleibt, dann wird die Zwiebel darauf gelegt. Das Wichtigste ist stets, nur einwandfreie Zwiebeln zu verwenden, sonst ist alle Mühe vergebens und die Enttäuschung um so größer. Die Zwiebel darf mit dem Wasser nicht in Berührung kommen. Das Verdunsten des Wassers genügt allein, um die garten weißen Wurzeln heranzuwachsen. Die Zwiebeln werden mit den bekannten Papierbüchsen gedeckt und an einen dunklen Ort gestellt. Schon nach kurzer Zeit strecken sich die ersten Wurzeln dem Wasser entgegen. Sie wachsen dann schnell weiter und weiter, bis sie das ganze Glas mit einem feinen Wurzelnetz erfüllen. Sieht man nach, wie weit der Prozeß der Wurzelbildung gediehen ist, so ist stets größte Vorsicht geraten, da die Wurzeln leicht abbrechen, die Zwiebel darf überhaupt nicht berührt werden.

Ist die Wurzelbildung abgeschlossen, so werden die Gläser in die Doppelfenster gestellt. Es ist dabei günstig, solche Fenster zu wählen, die nicht geöffnet werden, was sich ja beispielsweise in zweifelhafte Zimmern leicht ermöglichen läßt. Auch soll sich unter dem betreffenden Fenster kein Heizkörper befinden. Hier im Doppelfenster, wo die Gläser in Ruhe stehenbleiben, bilden sich im Laufe von ungefähr vier Wochen allmählich kräftige Keime. In dieser Zeit kann man vorsichtig von Zeit zu Zeit das Tüchchen abheben und nachschauen, wie weit der Keim gediehen ist. Die jungen Wölter sollen nicht zu lange wachsen. Sobald man den Anfaß der Knospe erkennt, werden die Tüchchen entfernt, die das zu frühe Treiben der Blätter verhindern sollen, um die Blüte um so schöner treiben zu lassen.

Wenn das Wasser in den Gläsern zu sehr verdunstet, wird die Zwiebel sehr vorsichtig etwas angehoben und Wasser nachgefüllt. Die Blüte entwickelt sich nun langsam, und weitere Pflege der Pflanzen ist nicht nötig. Es gilt jetzt Geduld zu haben, und jeder wahre Blumenfreund wird mit Freude das Gedelhen und Wachstum seiner Pfleglinge verfolgen.

Vorsicht ist geboten, sobald Frost einsetzt. Die Gläser werden dann auf das innere Fensterbrett gestellt, da sonst das Wasser leicht in den Gläsern gefriert.

Wenn Sie einen wirklich eleganten Winter-Ulster kaufen wollen, gehen Sie eben oder einen neuzeitlich geschnittenen Anzug doch zu

kaufen wollen, gehen Sie eben oder doch zu

Rud. Hugo Dietrich

Die große Auswahl, die niedrigen Preise und die feine Ausstattung aller Kleidungsstücke erleichtert Ihnen den Einkauf

